Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 148. Abendblatt. Donnerstag, den 28. März. 1867.

Wen wählen wir?

Dank den Beschlüssen des national-liberalen Comités werden wir bei der morgenden Wahl drei Kandidaten haben, Seitens der Demokraten den Herrn Konsul Müller, Seitens der National-Liberalen den Herrn Prince-Smith und Seitens der Konservativen und Altliberalen den Herrn Handelsminister v. Itzenplitz.

Wir haben in langen Artikeln den Beweis geführt, daß die beiden Kandidaten der linken Parteien Männer sind, die in öffentlichen Versammlungen schweigen und nur im Geheimen reden. Nicht aus zu großer Schüchternheit, denn diese ist bekanntlich nicht eine Eigenschaft unserer Fortschrittsmänner; sondern, weil sie das Licht der Oeffentlichkeit, die Kritik der Presse scheuen und daher das Dunkel der geheimen Sitzungen vorziehen, von denen sich Gerüchte verbreiten lassen, als hätten sie wunderbare Dinge geredet und Erstaunliches geleistet. Nur der Kandidat der Rechten ist ein öffentlicher Charakter, der das Licht des Tages nicht scheut.

Wir haben ferner in langen Artikeln den Beweis geführt, daß der Kandidat der National-Liberalen, für dessen hohe Befähigung und Bedeutung auf volkswirthschaftlichem Gebiete das Comité auf seine schriftstellerische Thätigkeit verweist, in 16 Jahren volle 31 Seiten, jedes Jahr also nahe 2 Oktavseiten populärer Brochüren geschrieben hat. Auf mündlichem Gebiete scheint er nach dem Aufrufe des Comités der National-Liberalen noch weniger geleistet zu haben. Unsere Leser können darnach ermessen, wie groß die Bedeutung der Thätigkeit dieses Mannes sein muß. Noch weniger hat der Kandidat der Fortschrittspartei geleistet. Drucken hat derselbe gar nicht lassen und über die Briefe, welche er an seine Wähler gesandt, laufen wenig empfehlende Gerüchte um. Geistige Größen scheinen also beide Männer nicht darzustellen, darüber sind die Comités der Liberalen mit uns einverstanden, sonst würden sie unsere Anklage und Beweise wohl wiederlegt haben.

Was endlich die Arbeitskraft und den Fleiß der Kandidaten betrifft, so haben auch in dieser Beziehung die Zustände der linken Kandidaten unsere Sorge erregt. Beide sind, wie allgemein bekannt, kränkliche Männer, welchen die Aerzte Ruhe und Schonung empfohlen haben, wenig geeignet für aufregende Debatten und aufreibende Arbeiten. Der deutsche Reichstag aber erfordert mehr als Invaliden, er fordert Männer in voller Arbeitskraft und Geistesfrische, welche mehr leisten können in einem halben Jahre, als eine Seite schreiben.

Wenn demnach die beiden Kandidaten der Linken weder Gewandtheit der Rede und Phrasenreichthum noch auch Gedankenschärfe und Geistestiefe, noch endlich Arbeitskraft und Fleiß besitzen, weshalb empfehlen denn die Führer der linken Parteien diese Männer so warm? Weil sie überzeugt sind, daß ihre Kandidaten stets mit den Führern ihrer Partei stimmen werden, wie sie dies in ihren Aufrufen auch unumwunden aussprechen. Der Aufruf des Komités der national-liberalen Partei redet nicht von den Verdiensten ihres Kandidaten, sondern allein von Denen der national-liberalen Partei, welche es wohlgefällig durch das Vergrößerungsglas der Selbstvergötterung erblickt. Wie die Heuschrecke, die vom Heuwagen herabsprang, sich rühmte, den Pferden das Ziehen des Wagens möglich gemacht zu haben, so rühmen auch diese Herren, daß die Regierung nur durch die national-liberale Partei zu den Fortschritten im letzten Jahre gelangt sei. Wenn aber die beiden linken Parteien von ihren Kandidaten weiter nichts verlangen, dann würden ja auch einfache Dienstmänner genügen.

Doch genug von den Kandidaten der Linken. Die Komités der liberalen Parteien wissen nichts von ihren Kandidaten zu rühmen, sie können sie nicht durch Thatsachen empfehlen, deshalb schweigen sie von diesen Thatsachen still. Was braucht auch der Wähler von den Eigenschaften und dem Leben seines Kandidaten zu wissen, ihm genüge, daß das Komité in seiner maßgebenden Weisheit diesen Mann als den tüchtigsten gefunden und bezeichnet hat. Mit blindem Vertrauen, ohne eigne Prüfung und ohne eigenes Urtheil soll und muß er par ordre de mufti, dem Manne seine Stimme geben, den das Komité erwählt hat und seine Zeitung empfiehlt. Das ist die moderne Freiheit unserer Fortschrittsmänner. Eignes Sehen ist gefährlich, eignes Denken ist überflüssig ja schädlich, der ächte Parteimann folgt blindlings seinem Führer.

Wir freilich, die wir noch nicht so weit in der Schule des Fortschrittes vorgeschritten sind, wir wollen noch selbst sehen und prüfen und wandeln daher einen eigenen Weg, zum großen Aerger der national-liberalen und demokratischen Führer. Wir sind so störrisch, den Lobpreisungen ihrer Aufrufe nicht Glauben zu schenken, den Schleier von den Geheimnissen ihrer Fraktionsbeschlüsse zu ziehen und ihre Kandidaten in ihrer nackten Blöße den Augen der Mitwelt vorzuführen. Wir stehen daher auch bei den Führern jener Partei in dem Rufe gefährlicher Reaktion und Intriguen. Nun wir müssen dies schon ertragen.

Alle unsere geehrten Mitbürger aber, welche noch nicht zu der blinden Heerde jener Parteiführer zählen, bitten wir, gleich uns, selbst zu sehen und selbst zu prüfen und dem Manne unter den drei Kandidaten die Stimme zu geben, der nach ihrer Ueberzeugung die geistige Schärfe, die reichen Kenntnisse und den umfassenden Blick hat, um die Verhältnisse richtig zu beurtheilen, der der Rede mächtig, auch zur rechten Zeit das Wort zu ergreifen versteht und den genügenden Einfluß besitzt, um seinen Worten Geltung zu verschaffen. Alle Gewerbtreibenden unserer Stadt, alle Kaufleute und Handwerker, alle Arbeiter und Stettiner Bürger bitten wir dem Manne die Stimme zu geben, der unter jenen drei Männern am meisten für Handel und Gewerbe, für Arbeit und das Wohl unserer Vaterstadt, der ersten Handelsstadt des preußischen Staates thun kann. Nach unserer unmaßgeblichen Ansicht ist dies der Graf v. Itzenplitz, Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, der lange Zeit in Stettin gewirkt hat. Ihm werden wir die Stimme geben. Was unsere Mitbürger thun wollen, das überlassen wir ihnen getrost und bitten nur, daß was sie auch thun mögen, es zum Heile Stettin's und des gesammten Vaterlandes gedeihen möge.

Deutschland.

□ **Berlin**, 27. März. Die fortdauernden Gerüchte über die angebliche Abtretung Luxemburgs an Frankreich haben auch der Luxemburger Presse natürlich Anlaß gegeben, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Die „Union" sagt, es sei gerechtfertigt, wenn die Presse des Großherzogthums ihren Bedenken über diese Gerüchte Ausdruck gebe und von der Regierung beruhigende Aufklärung verlange; diese werde sich auch der Verpflichtung offizieller Kundgebung nicht entziehen wollen und können, aber doch erst selbst volle Klarheit sich verschaffen müssen. Der „Courier" des Großherzogthums verhehlt die Besorgniß nicht, daß wirklich Verhandlungen über eine Veränderung der dortigen Staatsverhältnisse im Gang sein könnten und will von einem Anschluß an Frankreich nichts wissen. Luxemburg habe in Deutschland das Absatzgebiet für die wichtigsten Landesprodukte und eine Losreißung von Deutschland würde daher seine Interessen in hohem Grade verletzen. Die Bevölkerung wolle überhaupt keine staatliche Veränderung, sondern im bisherigen Verhältniß ungestört bleiben. — Wenn man den bisherigen Geschäftsgang im Reichstag als maßgebend für den weiteren Verlauf annehmen wollte, in drei Wochen sind ca. zwei Abschnitte erledigt worden, so würde der Schluß des Reichstags noch in sehr weite Ferne zu legen sein; im Gegensatze zu der Linken, welche die Diskussion noch viel weiter ausgedehnt wissen will, soll nun von anderer Seite angeregt worden sein, die Verhandlungen in den Plenarsitzungen dadurch abzukürzen, daß die wichtigeren Fragen in vertraulichen Vorberathungen zwischen den Vertretern der Parteien und Organen der Regierung vorbereitet würden. Unbeschadet der Gründlichkeit würde auf diesem Wege jedenfalls Zeit gespart und Verständigung erleichtert. Denjenigen Mitgliedern freilich, welche auf das viele Reden den Hauptwerth legen, wird mit diesem Vorschlag nicht gedient sein; aber man kann doch unmöglich von der Majorität verlangen, daß sie blos zur Befriedigung der Redelust einiger Mitglieder den Hauptzweck aus den Augen verliere. — Die von Mitgliedern der Fortschrittspartei gegründete Zeitschrift „Verfassung", welche hauptsächlich den Zweck hatte, den Provinzialblättern vom demokratischen Standpunkte aus geschriebene Artikel zu liefern, ist wieder aufgegeben worden und scheint hier den gewünschten Erfolg nicht gehabt zu haben. Es ist auch dies ein neuer Beweis, daß die Bevölkerung gegen alle künstlichen Agitationsmittel unzugänglicher ist, sobald einmal gewaltigere Einflüsse, wie die Ereignisse der neueren Zeit, der allgemeinen Stimmung und Ueberzeugung eine feste Richtung gegeben haben. — Die Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft haben in dem Bericht über das verflossene Jahr konstatirt, daß in demselben der Handel durch den Krieg wenig gelitten habe.

Berlin, 27. März. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Initiative zu den bisher vertraulichen Verhandlungen zwischen Holland und Frankreich in Bezug auf die Abtretung Luxemburgs an Frankreich vom Könige von Holland ausgegangen sei. Alles, was über die Intention Frankreichs und über die eventuelle Haltung Preußens bekannt ist, scheint die Befürchtung jeder ensteren Verwickelung in dieser Angelegenheit auszuschließen.

— Erneuten Andeutungen der „Karlsruher Ztg." zufolge wäre es nicht ganz unwahrscheinlich, daß der vormalige badische Minister v. Roggenbach in den preußischen Staatsdienst zur Uebernahme einer hervorragenden Stellung einträte.

— Unter den beim Rechstage eingegangenen Petitionen befindet sich auch eine des Central-Ausschusses für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche (Dr. Wichern und Genossen zu Berlin und Hamburg), welche im Vertrauen darauf, daß die sittlichen Interessen des deutschen Volkes in der Vertretung desselben durch den norddeutschen Reichstag, auf eine kräftige Stütze zu rechnen haben, bittet, „der Reichstag wolle die möglichst baldige Aufhebung aller öffentlichen Spielbanken innerhalb der dem Bunde zugehörigen Staaten den betheiligten Regierungen als Erfüllung einer nationalen Ehrenpflicht dringend anzuempfehlen."

— Von den in der Armee angestellten ehemaligen hannoverschen Offizieren sind bereits viele zur Abstattung der persönlichen Meldungen hier eingetroffen.

— Dem „Dr. J." wird von seinem Reichstags-Korrespondenten geschrieben: Was die sächsischen Abgeordneten betrifft, so ist die Stimmung in den parlamentarischen Kreisen jetzt für sie unläugbar eine ungleich günstigere geworden, als sie es beim Beginn des Reichstags war, — was hauptsächlich der Entschiedenheit zu danken ist, mit welcher die Sachsen übereinstimmend in ihren Reden hier gegen die „National-Liberalen" aufgetreten sind. Die Sitzung vom 23. März legte Zeugniß für diesen Umschwung ab; wir brauchen in dieser Beziehung nur auf die Rede des Abg. Braun (Wiesbaden) zu verweisen. Bemerkt mag noch sein, daß bei dem Festdiner, welches die Reichstagsmitglieder zur Feier des Königlichen Geburtstags veranstaltet hatten, nach dem Toaste auf Se. Maj. den König Wilhelm mehrere der hohen Aristokratie angehörende preußischische Abgeordnete die Sachsen aufforderten, mit ihnen auf das Wohl Sr. Maj. des Königs Johann anzustoßen.

Berlin, 27. März. (Norddeutscher Reichstag.) 20. Sitzung. (Schluß.) Abg. Miquel: Es ist mir, als mir der Entwurf zuerst zu Gesicht kam, nicht ganz leicht geworden, denselben nach seinen Tendenzen und seinem Inhalt zu beurtheilen. Nach der heutigen Erklärung aber des Herrn Präsidenten der Bundeskommissare bin ich nun vollständig dazu außer Stande. (Ruf; Sehr richtig!) Deswegen ist es wohl wichtig genug, um noch einige Zeit bei der Sache zu verweilen. Mir scheint die Erklärung, die wir heute gehört haben, daß auch für diejenigen Gegenstände, die zur Kompetenz des Bundes gehören, die Minister der einzelnen Staaten den Volksvertretungen der einzelnen Staaten verantwortlich seien, den ganzen Bund illusorisch machen. Viele Angelegenheiten, die früher den einzelnen Ländern angehörten, sollen nach dem Entwurfe fortan zur Kompetenz des Bundes gehören; im Gebiete des Post-, des Telegraphen-, des Kriegswesens u. s. w. kann es daher fortan nur Bundesbeamte geben. Diese Bundesbeamten sollen noch irgendwie von der preußischen Volksvertretung oder sonst einer andern zur Verantwortung gezogen werden? Das ist ja unmöglich. Die preußischen Minister wären bei derartigen Zumuthungen Seitens des preußischen Landtages in ihrem vollen Rechte, wenn sie erklärten: „Wir stehen euch hier nicht als preußische Minister, sondern wir stehen euch als Bundesminister gegenüber". Wenn trotzdem die Theorie des Herrn Präsidenten der Bundeskommissare richtig ist, so muß das um so mehr eine Mahnung für uns sein, sämmtliche Beamte des Bundes verantwortlich zu machen. Wie sind im früheren deutschen Bunde die Verfassungen der einzelnen Staaten aus dem Wege geräumt worden? Durch das Mittel des Bundesstaates, der die Verantwortlichkeit nicht kannte. Wenn ich zweifelhaft gewesen wäre, ob der Antrag Bennigsen geboten sei oder nicht, so würde ich durch den Gang der heutigen Verhandlungen jeden solchen Zweifel verloren haben. Wir beabsichtigen ja nicht damit, die Macht der preußischen Regierung gegen die einzelnen Staaten zu stärken; dieser Vorwurf paßt nicht. Der Antrag, der hier vorliegt, hat gar keine unitarische Tendenz, das sieht man, wenn man sich einfach an den Wortlaut des Antrages hält. Diejenige Kompetenz, welche dem Präsidium nach dem Entwurf übertragen wird, soll gar nicht erweitert, sondern die Befugnisse des Präsidiums sollen nur durch verantwortliche Organe ausgeübt werden Ich werde mich von meinem Standpunkte aus — und ein Gleiches thun meine Freunde — sehr scheuen, Anträge zu stellen, die von der Beschaffenheit sind, daß die Regierungen dadurch in die Lage kommen, den ganzen Entwurf auf der Basis, auf der er einmal steht, nicht durchführen zu können. Denn wir freuen uns über die Ziele, die der Entwurf sich stellt, und wir halten denselben für verbesserungswürdig. Aber wir halten ihn auch für verberungsbedürftig. Denn so wie er da ist, begründet er nicht nur nicht die Einheit, sondern gefährdet zu gleicher Zeit die Freiheit. Und eine Regierung, die uns nur berufen hat, um „Ja" zu sagen, die einfach eine Enbloc-Annahme des Entwurfs will, wie das der Abg. v. Blanckenburg ausgesprochen, die will nicht ehrlichen Beirath der Vertreter des Volkes, sondern die will blos nach außen hin den Schein einer Volksvertretung haben. Das können und dürfen wir aber von der preußischen Regierung nicht annehmen; wir müssen im Gegentheil erwarten und fordern, daß auch den Anträgen von unserer Seite die Regierung entgegenkomme. Nur so kann die Einheit zu Stande kommen. (Lebhafter Beifall.) — Präsident der Bundes-Kommissare Graf Bismarck: Ich ergreife das Wort, weil mich andere Mitglieder des Hauses meine letzten Worte durch dieselbe Brille gesehen haben können, wie Herr Miquel. Es ist mir unverständlich, wie man meinen Worten eine solche Bedeutung beilegen kann, daß ein Antrag auf Vertagung gestellt wird und der ganze Verfassungs-Entwurf verändert sein soll. Ich habe nur konstatirt, was auf der flachen Hand liegt, daß an der vorhandenen Errungenschaft an Ministerverantwortlichkeit nichts geändert wird, so daß eine jede Regierung für ihre Abstimmung im Bundesrathe verantwortlich bleibt. Liegt darin etwas Neues, so beweist das nur, daß wir im Dunkeln tappen. Ich habe den einzigen Ausnahmefall hervorgehoben, den ich als einen faktisch unwahrscheinlichen darstellte, wenn die preußische Regierung in der Minorität bleibt, und dafür das einzige Mittel angegeben, das in der Hand des Präsidenten liegt: die Austösung. Ich frage: kann das etwas Neues gewesen sein? Es springt in die Augen, wenn man den Entwurf liest. Sie wollen darüber hinaus, eine neue Verantwortlichkeit, getragen von dem Bundeskanzler und seinen Kollegen, eine neue Art verantwortlicher Organe schaffen, — und dem widerspreche ich im Namen der preußischen und der anderen Regierungen auf das Bestimmteste. Was der Herr Vorredner verlangte, ist nicht eine Ausbildung dieser Vorlage, sondern seine Auffassung, wie ich erst jetzt erkenne, widerspricht ihrem Grundprinzipe. Er ist in seinem Recht, wenn er dagegen stimmt. Wir aber haben den Block bis zum Gipfel gerollt und mit tiefem, patriotischem Schmerze würden wir ihn wieder hinabgleiten sehen. Ich weise es zurück, wenn man uns, wie der Herr Vorredner es gethan hat, die Verantwortlichkeit für das Mißlingen auflabet. Sie bestehen auf kleinlichen, untergeordneten Sachen, welche die Regierung nicht für annehmbar erklärt und welche die Sache zum Scheitern bringen. Meine Herren, an Ihre Namen wird die Geschichte sich stets erinnern. (Bravo rechts)

Abg. v. Sybel: Ich bin nicht der Meinung des Hrn. Abg. Miquel, daß die Erklärung des Herrn Präsidenten der Bundes-Kommissarien, es werde die Verantwortlichkeit der Minister auch über Bundesangelegenheiten den einzelnen Staaten gegenüber fortdauern, in Widerspruch mit der ganzen Sachlage sich befinde. Ich finde im Gegentheil, daß wir diese Erklärung bestens anzunehmen haben. Diese Bundesverfassung wird jetzt ein integrirender Theil der einzelnen Landesverfassungen werden. Aber dies Verhältniß scheint mir eine Anarchie und deswegen kann ich nur für den Antrag v. Bennigsen, event. den Antrag Lasker meine Stimme abgeben. Abg. v. Bennigsen: Von der Nothwendigkeit, daß das Verfassungswerk zu Stande kommen muß, sind wir Alle durchdrungen. Ich glaube aber, daß es im Stadium der Vorberathung nicht wohlgethan ist, sich schon jetzt gegenseitig die Schuld aufzubürden für das etwaige Nichtzustandekommen der Verfassung. (Bravo!) Aber dies Bedürfniß, zu einem politischen Abschluß zu gelangen, muß eben so stark vorhanden sein bei den Männern der Regierungen und namentlich bei den Vertretern der preußischen Regierung. Ich sehe deshalb ganz von der Möglichkeit ab, daß das Werk überhaupt scheitern könne. Dabei muß ich allerdings sagen, daß, wenn diese Frage auch heute zu einem vorläufigen Abschlusse gelangt, dennoch weitere Erwägungen keineswegs dadurch abgeschnitten werden. Ich glaube, der Herr Präsident der Bundes-Kommissarien hat meinen Antrag nicht richtig verstanden. Die preußische Regierung wird dadurch in keiner Weise gebunden. Sie kann nach meinem Antrage, wenn sie will, die übrigen Minister zu Chefs der einzelnen Verwaltungszweige ernennen, sie kann speziell hohe Beamten der Ministerien, Departementsdirigenten als Bundesbeamte anstellen, und diese sollen durch Unterzeichnung der einzelnen Erlasse die Verantwortlichkeit dafür übernehmen. Ich weiß nicht, was dem entgegenstehen kann. Ich glaube daher nicht, daß die Annahme dieses Antrages wesentlich die Grundlage des Entwurfs alterirt, und bitte Sie deshalb nach wie vor, für denselben zu stimmen. (Beifall.) — Die Diskussion wird geschlossen. — Der Präsident schreitet zur Abstimmung, nachdem Abg. Lasker sein Amendement (Leitung der Geschäfte im Bundesrath) zu Gunsten der vom Abg. v. Bennigsen empfohlenen „des Bundesrathes" zurückgezogen. Diese letztere Aenderung wird vom Hause abgelehnt, darauf der Antrag des Grafen Bethusy-Huc, vorläufig für sich allein, (mit dem Vorbehalt einer eventuellen Abstimmung über denselben einschließlich des von Bennigsenschen Zusatzes) fast einstimmig angenommen, darauf der Bennigsensche Zusatz: („Das Präsidium ernennt ferner die Vorstände der einzelen Verwaltungszweige, die zu seiner Kompetenz gehören) in namentlicher Abstimmung mit 140 gegen 124 Stimmen abgelehnt. (Die Abstimmung, die mit außerordentlicher Spannung vom ganzen Hause verfolgt wird, ergiebt, daß die Fraktionen fest geschlossen stimmen. Gegen den Zusatz-Antrag stimmen mit der Rechten, der freien konservativen Vereinigung und den Altliberalen die Abgg. Schraps und Bebel, Graf Dyhrn, Dr. v. Gerber, Gneist und v. Rothschild, Graf Schwerin ist abwesend. Für ihn stimmen mit der Linken und der nationalen Fraktion die anwesenden Polen Kantak und Dominirski, v. Wächter, v. Gruner, Präsident Simson, Thissen, v. Mallinckrodt und die ehemaligen hannöverschen Minister.) Darauf wird das Amendement Lasker zu Art. 16 („dem Präsidium steht es zu, für einzelne Zweige der Verwaltung besondere Kommissarien zu ernennen, welche nach Maß-

gabe des erhaltenen Auftrages den Bundeskanzler vertreten") abgelehnt und darauf noch einmal der Antrag des Grafen Bethusy-Huc mit sehr großer Majorität angenommen. Damit ist der Art. 16 erledigt, da die Fassung des Regierungs-Entwurfs in diesem Antrag mitenthalten ist.

Art. 17. (Das Präsidium hat die erforderlichen Vorlagen nach Maßgabe der Beschlüsse des Bundesrathes an den Reichstag zu bringen, wo sie durch Mitglieder des Bundesrathes oder durch besondere, von letzterem zu ernennende Kommissarien vertreten werden) wird ohne Diskussion genehmigt, nachdem der Antrag des Abg. Ausfeld, an die Stelle von „Mitglieder des Bundesrathes" zu setzen „Bundes-Minister", einstimmig abgelehnt ist. Zu Art 18. „Dem Präsidium steht die Ausfertigung und Verkündigung der Bundesgesetze und die Ueberwachung der Ausführung derselben zu. Die hiernach von dem Präsidium ausgehenden Anordnungen werden im Namen des Bundes erlassen und von dem Bundeskanzler mit unterzeichnet", hat Abg. Sänger beantragt, den zweiten Satz zu streichen und statt dessen nach Art. 19 einen besonderen Artikel einzuschalten, lautend: „Die Anordnungen und Verfügungen des Bundes-Präsidii werden im Namen des Bundes erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher damit die Verantwortlichkeit übernimmt". Ferner der Abg. v. Bennigsen, den zweiten Satz des Artikels 18 zu streichen und statt dessen nach Artikel 19 einen besonderen Artikel einzuschaltend, lautend: Die Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidii werden im Namen des Bundes erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Durch ein besonderes Gesetz werden die Verantwortlichkeit und das zur Geltendmachung derselben einzuhaltende Verfahren geregelt. — Abg. Lasker zieht seinen gestern mitgetheilten Antrag zu Art. 18 zurück. — Abg. v. Sänger warnt vor der Aufnahme von Gesetzesverheißungen in die Verfassung, und würde auch auf seinen Antrag verzichten, wenn er das Verfassungswerk gefährdete. Abg. v. Bennigsen beruft sich darauf, daß der zweite Theil seines Antrages der preußischen Verfassung entnommen ist. Das erste Alinea desselben wird fast einstimmig angenommen, und damit der Antrag Sänger's erledigt, das zweite wird abgelehnt, und endlich der Art. 18 mit der Bennigsen'schen Einschaltung fast einstimmig genehmigt. Art. 19. (Das Präsidium ernennt die Bundesbeamten, hat dieselben für den Bund zu vereidigen und erforderlichen Falles ihre Entlassung zu verfügen) wird ohne Diskussion genehmigt. Zu Art. 20. (Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, so können sie dazu im Wege der Exekution angehalten werden. Diese Exekution ist a. in Betreff militärischer Leistungen, wenn Gefahr im Verzuge, von dem Bundesfeldherrn anzuordnen und zu vollziehen, b. in allen anderen Fällen aber von dem Bundesrathe zu beschließen und von dem Bundesfeldherrn zu vollstrecken. Die Exekution kann bis zur Sequestration des betreffenden Landes und seiner Regierungsgewalt ausgedehnt werden. In den unter a. bezeichneten Fällen ist dem Bundesrathe von Anordnungen der Exekution, unter Darlegung der Beweggründe, ungesäumt Kenntniß zu geben) — hat der Abg. Kitz ein Amendement vorgelegt, welches abgelehnt wird. Der Art. 20 wird angenommen, der entsprechende Abschnitt III. des Groote'schen Verfassungsentwurfs einstimmig abgelehnt.

Ein Vertagungsantrag ist eingebracht; zuvor muß aber die Entscheidung des Hauses über den Antrag des Abg. Michaelis getroffen werden. Er lautet: der Reichstag wolle beschließen: den Präsidenten zu ermächtigen, zwölf Kommissarien aus der Mitte des Reichstages zu ernennen, mit dem Auftrage, unter Mitwirkung von Vertretern der Bundes-Regierungen die Bestimmungen der Abschnitte VII. und VIII. des Entwurfs der Verfassung des norddeutschen Bundes in Betreff ihrer Motive und ihrer Tragweite einer Vorprüfung zu unterwerfen und dem Reichstage in Vorberathung darüber zu berichten. Ueber die Behandlung dieses Antrages entsteht eine lebhafte Diskussion. Das Haus beschließt sich sofort nach Vorschlag des Präsidenten über den Antrag des Abg. Michaelis schlüssig zu machen. — Abg. v. Rabenau: Der Antragsteller hat schon früher die Nothwendigkeit eines Eisenbahngesetzes für den norddeutschen Bund in's Auge gefaßt und ich will sie nicht bestreiten. Aber sie tritt zurück vor der dringenden Nothwendigkeit, die Verfassung fertig zu machen. — Abg. v. Vincke: Trotz dieser guten Absicht wird der Erfolg doch eine Verzögerung unserer Arbeiten sein. Die Abschnitte VII. und VIII. setzen keine technische Information voraus, sondern sind nur im Lichte der verschiedenen Anschauungen über die Stellung der Bundesgewalt zum Eisenbahnwesen zu prüfen. Sollten gleichwohl solche Informationen nöthig sein, so wird der Herr Antragsteller als anerkannter Sachverständiger sie auf eigene Hand beschaffen und sie für das ganze Haus präpariren, ohne daß ihm 11 Gehülfen dabei zur Seite stehen. — Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) für den Antrag: Die Verzögerung des Verfassungswerkes ist ein leeres Schreckbild, denn das Haus kann die Abschnitte immer schon berathen, auch wenn die Kommissarien noch nicht fertig sein sollten. Durch persönliches Lob ist der Antrag nicht zu entkräften. Auch der tüchtigste Volkswirth braucht Material, das ohne Enquête nicht zu beschaffen ist. — Abg. Meier (Bremen) für den Antrag: Die Erfahrungen anderer Versammlungen beweisen, daß Berathungen über das Eisenbahnwesen ein mer à boire sind. Die Ernennung von Kommissarien würde uns vor einer Fluth von Amendements schützen. — Abg. v. Vincke: Statistiches Material zu sammeln, liegt gar keine Veranlassung vor. Es gäbe da nicht blos ein mer à boire in der Versammlung, sondern auch eine Fluth aus der Kommission, welche nicht auszutrinken ist. Wenn das Haus zur Einsetzung einer Kommission schreiten wollte, dann hatte es dazu einen viel stärkeren Anlaß bei den viel wichtigeren und intrikateren politischen Fragen, die wir erledigt haben, als bei den minder wichtigen Abschnitten vom Eisenbahnwesen. Abg. Braun: Es soll ja keine Statistik ausgearbeitet, sondern die im Handelsministerium schon vorhandene nur benutzt werden. Auch habe ich von der Kommission eine bessere Meinung, als daß sie Wasser produzirt. — Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Michaelis abgelehnt.

Schluß $2\frac{3}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. T.-O.: Schlußbericht über den Antrag Ausfeld's, die Geschäftsordnung betreffend. Vorberathung über Abschnitt V. der Verfassung. (Reichstag.)

Hannover, 26. März. In dem Prozesse, welchen das Bankhaus Lippmann, Rosenthal u. Co. gegen das Kgl. preußische Generalgouvernement wegen Herausgabe von Inhaber-Papieren erhoben hat, war von dem letzteren Sr. M. dem Könige Georg V. den früheren Staatsministern und dem Geh. Finanzrath v. Klenck der Streit verkündigt worden. Zur Erklärung hierauf, so wie zur Hauptverhandlung stand am 25. d. Termin vor dem hiesigen Obergericht an. Von den Litisdenunziaten war nur der Geheime Finanzrath v. Klenck durch Obergerichtsrath Linckelmann vertreten, welcher erklärte, daß sein Vollmachtgeber, Herr von Klenck, unter Bestreitung der von dem Kgl. preußischen Generalgouvernement behaupteten Regreßpflicht, sowie der Berechtigung desselben zur Empfangnahme der fraglichen, sämmtlich aus dem Dominial-Ablösungs- und Veräußerungsfonds entnommenen Darlehen und unter Hervorhebung der Thatsache, daß die Herausgabe der betreffenden, vertragsmäßig dem vormaligen Königlich hannoverschen Ministerium der Finanzen und des Handels abgetretenen Papiere, welche vom Herrn v Klenck behufs Sicherung auf Befehl Sr. Maj. des Königs Georg V. aus dem Lande (bekanntlich nach England) gebracht seien, gegen Einzahlung der fraglichen Darlehen weder von Sr. Majestät dem Könige Georg V., noch von Herrn von Klenck dem klagenden Banquierhause jemals verweigert worden sei, jede Theilnahme an dem obschwebenden Prozesse ablehne. — In der hierauf folgenden Hauptverhandlung stützte Obergerichtsanwalt Bauermeister Namens der Kläger den erhobenen Anspruch wesentlich auf die Behauptung, daß das Königl. preußische Generalgouvernement an die Stelle des vormaligen Königlich hannoverschen Finanzministeriums getreten sei, und deshalb die privatrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen habe, welche aus den mit diesem abgeschlossenen Verträgen hervorgehen. Die Darlehen seien nach vorhergegangener Kündigung der Königl. Generalkasse baar angeboten und aus den abgeschlossenen Verträgen ergebe sich die Verpflichtung des Gläubigers, also jetzt des Kgl. preußischen Generalgouvernements, Zug um Zug gegen Einzahlung der Darlehen die Papiere herauszugeben. Das Königlich preußische Generalgouvernement, vertreten durch Obergerichtsanwalt Blumenberg, machte gegen die erhobene Klage im Wesentlichen geltend, daß eine Herausgabe der Papiere gegen Empfangnahme der Darlehen Zug um Zug nicht verlangt werden könne, vielmehr zunächst Zahlung zu leisten und dann Rückgabe der Papiere zu begehren sei; ferner aber, daß zwar die Berechtigung zur Empfangnahme der Darlehen auf das Königl. preußische General-Gouvernement übergegangen sei, keineswegs aber die Verpflichtung zur Rückgabe von Papieren, welche ohne sein Verschulden fortgeschafft worden und von ihm nicht herangezogen werden könnten. — Nach einer eingehenden Debatte vertagte das Gericht den Urtheilsspruch.

Frankfurt a. M., 26. März. Vorgestern machte der Senat bei unserem bisherigen Civiladministrator, Herrn v. Patow, in corpore seinen Abschiedsbesuch. Der Genannte reiste gestern, begleitet von den besten Wünschen für sein ferneres Wohl, von hier ab nach Berlin.

Dresden, 27. März. Das „Dresdner Journal" enthält eine Bekanntmachung des Finanzministers, nach welcher in Folge des bereits mit Preußen ratifizirten Vertrages vom 25. Januar c. und in Ausführung des Friedensvertrages, die sächsischen Staats-Telegraphenleitungen am 23. d. der Königlich preußischen Telegraphenverwaltung überwiesen worden sind. Der jetzt bestehende Tarif behält jedoch bis auf Weiteres seine Gültigkeit.

Ausland.

Wien, 25. März. Se. Maj. der Kaiser wird heute mit dem gewöhnlichen Abendzuge die Rückreise nach Pesth-Ofen antreten. Das Gefolge wird klein sein, da der größte Theil der gewöhnlich in der Umgebung des Monarchen befindlichen Personen die Reise nach Wien nicht mitgemacht hat, sondern in Ofen zurückgeblieben ist. Die neuerliche Anwesenheit Sr. Maj. in der ungarischen Hauptstadt dürfte nicht länger als 5 bis sechs Tage dauern.

— Auf die Nachricht von einem an Professor Bonitz aus Berlin ergangenen Rufe an das graue Kloster-Gymnasium, begab sich eine von den gesammten Hörern der philosophischen Fakultät in Wien gewählte Deputation zu dem Minister Beust, um ihn auf den der Universität drohenden Verlust aufmerksam zu machen und ihn um seine Vermittlung anzugehen, daß der genannte Professor seinen Schülern erhalten bleibe.

Paris, 25. März. (K. Z.) Das „Journal des Debats" erhebt seine Stimme flehend für die armen Polen. „In dem Augenblicke," meint es, „wo Rußland durch den uneigennützigen Schutz, den es den Christen im Morgenlande spendet, einen Beweis von Hochherzigkeit giebt, dürfte es vielleicht gerathen sein, die Aufmerksamkeit des Czaaren und seiner Minister auf das eben so ergreifende Mißgeschick hinzulenken, das zu heben für ihn ein Leichtes ist. Wir erinnern daran, daß in den von Rußland in Besitz genommenen polnischnn Provinzen alle Grundbesitzer, deren Güter sequestrirt oder die in Folge des Aufstandes von 1863 außer Landes zu leben gezwungen sind, ihre Güter vor dem 1. Febr. 1868 verkauft haben müssen. Ihre Besitzungen, und zwar dem Vernehmen nach über 20,000, können nur von orthodoxen Russen erworben werden. Unter den Personen, die durch Nationalität und Religion zum Ankaufe dieser Güter qualifizirt sind, nehmen jedoch die achtbarsten Anstand, so das Unglück ihrer Nebenmenschen sich zu Nutze zu machen, während die Anderen die Rache der außer Besitz gebrachten Eigenthümer und der Freunde derselben fürchten oder auch hoffen, der schon so gesunkene Werth dieser Güter werde noch mehr herabgehen, sobald der Fiskus dieselben zur Versteigerung bringe. Bei dieser Sachlage kann fast kein einziger der zu diesem Zwangsverkaufe genöthigten Gutsbesitzer Käufer finden. Es ist deßhalb beinahe die Konfiskation im vollen Sinne des Wortes, und somit der vollständige Ruin, der zu Ende dieses Jahres mehr als 20,000 Familienväter erwartet. So viele Unglückliche kann die russische Regierung von ihrer Angst erlösen und ihnen Ruhe und Wohlergehen durch einen einfachen Ukas verleihen, und dabei braucht sie sich gar nicht erst vorher mit den Westmächten zu verständigen, noch sich herbeizulassen, mit ihnen die Ehre zu theilen, diesen Unglücklichen Abhülfe verschafft zu haben. Hiermit mag sie den Anfang machen, wenn sie will, daß wir die edlen Gefühle für Ernst halten sollen, die sie zur Schau trägt, sobald es sich um Unterthanen des Sultans handelt. Die Polen sind zum Mindesten eben so gute Christen, wie die Kreter und Thessalioten." Daß Rußlands zärtliches Mitleid mit den Christen in der Türkei lediglich politischer Natur ist, liegt auf der Hand.

Paris, 24. März. Aus Paris wird geschrieben, daß die Regierung sich gegen die Annahme einer etwaigen Interpellation wegen Mexiko erklären wolle, und zwar, „weil die Räumung eine vollbrachte Thatsache." Wird die Majorität in den Bureaux auch dieser Meinung sein? Mit der Räumung ist nicht Alles abgethan. Die finanziellen Interessen erheischen Aufklärung.

London, 22. März. Lord Lyons hat sich zwar, wie wir aus seiner vom Ministerium veröffentlichten Depesche ersehen, über die freisinnigen reformatorischen Ansichten des türkischen Großvezirs mit großer Anerkennung ausgesprochen, Lord Derby und Lord Russell haben sich zum hundertsten Male ob der Erlangung eines Wortresultates beglückwünscht; doch erscheint es sehr zweifelhaft, ob die russischen Intriguen sich durch irgend welche Reformen der Türken durchkreuzen lassen. Rußland verlangt Selbstregierung für die Christen in den europäischen Provinzen des Sultans. Die „Saturday Review" bemerkt hierzu, daß die russischen Forderungen ihren Zweck verfehlen würden, wenn die Türkei ihnen nachkäme. „Der leichtgläubigste Mensch der Welt kann sich kaum von dieser Maske religiöser Sympathieen täuschen lassen, die eine Politik der Vergewaltigung und des Ländererwerbs verhüllen soll. Die russische Regierung geht vermuthlich darauf aus, ihre christlichen Schützlinge für den schließlichen Kampf um die Beherrschung des Donaustromes und den Besitz Konstantinopels zu organisiren. Ohne die thätliche Hülfe des nördlichen Nachbars würde die christliche Bevölkerung der Türkei in dem mörderischen Kampfe mit der vereinten mohamedanischen Macht auf's Haupt geschlagen werden. Der kranke Mann wird sehr langsam sterben, wenn den Wirkungen der Natur nicht durch rechtzeitige Erdrosselung nachgeholfen wird."

Vermischtes.

— Am 2. März kam im nordöstlichen Flügel des Königl. Schlosses zu Athen durch die Unvorsichtigkeit eines Dieners Feuer aus. Der Braud währte 5 Stunden und richtete an dem Thronsaal der früheren Königin Amalie und an dem Kaffeezimmer einen Schaden von ca. 40,000 Drachmen an.

Pommern.

Stettin, 28. März. Mit Bezug auf ein in Nr. 130 d. Bl. enthaltenes „Eingesandt" in Betreff der hiesigen Straßenkanäle überhaupt und speziell der Uebelstände bezüglich der vor dem Hause Frauenstr. Nr. 52 ausmündenden Kanäle erfahren wir, daß die Polizeibehörde zur Zeit ernstlich bemüht ist, jene Uebelstände definitiv zu beseitigen. Augenblicklich liegt die Sache so, daß der gesammte Abfluß aus dem Schloßgraben, sowie aus den auf der Schloßseite des Klosterhofes und der östlichen Seite der Frauenstraße befindlichen Rinnsteinen in den vor dem Post'schen Hause (Ecke des Klosterhofes und der Frauenstraße) vorhandenen Kanal stattfindet. Von dort aus fehlt eine Ableitung zur Oder, vielmehr wird aller Unrath, welcher sich in dem letztgedachten Kanal ansammelt, durch einen unterirdischen Kanal quer über die Straße geleitet und mündet dieser sodann in einen vor dem Hause Frauenstr. Nr. 52 befindlichen, dieses Haus in seiner ganzen Länge durchschneidenden Abzugskanal, wodurch für den Besitzer, sowie die sonstigen Bewohner jenes Hauses die wesentlichsten Nachtheile und Unannehmlichkeiten dauernd erwachsen. Eine Abhülfe, die sonach dringend geboten ist, wird nun in der Weise projektirt, daß entweder von der Ecke des Klosterhofes ab an der rechten Seite der Junkerstraße, oder aber, Falls sich in dieser Beziehung nicht zu beseitigende Hindernisse herausstellen sollten, an der gegenüberliegenden Seite bei Gelegenheit der bevorstehenden Straßenverbreiterung daselbst ein bis zur Oder führender Kanal auf städtische Kosten angelegt wird und dürfen wir wohl erwarten, daß der Magistrat zur schleunigsten Regulirung dieser Angelegenheit die Hand bieten wird.

— Der im gestrigen Abendblatte erwähnte Tapeziergehülfe St., welcher wie ermittelt aus verschiedenen Handlungen auf den Namen eines hiesigen Kaufmanns Waaren zu nicht unerheblichem Werthe entnommen, dieselben dann billig wieder verkauft und den Erlös zu seinem Nutzen verwendet hat, ist wegen seiner Gemeingefährlichkeit gestern verhaftet worden. — Ebenso ist die Verhaftung des in Grabow a. O. wohnhaften Arbeiters Ewald, genannt Pinnow, wegen schweren Diebstahls gestern erfolgt.

— In der Wohnung des vor einigen Tagen verhafteten Mandelkower Hammeldiebes, eines Arbeiters Sterling in Pölitz, sind bei der durch die hiesige Polizeibehörde vorgenommenen Haussuchung noch verschiedene von schweren Diebstählen herrührende Gegenstände vorgefunden worden.

— Der Finanzminister hat die Regierungen durch eine Cirkular-Verfügung veranlaßt, das Wegfangen der Wald-Ameisen, das Zerstören ihrer Baue und das Sammeln ihrer Eier durch eine Polizeiverordnung zu verbieten, da die Ameisen die fleißigsten Raupenvertilger seien.

— Die Fahrt von Stettin bis Swinemünde ist jetzt für Segelschiffe frei.

— Nicolai's Meisterwerk, „Die lustigen Weiber von Windsor", ist anerkannt eine Lieblings-Oper unseres Publikums und hat ihre Aufführung immer ein volles Haus erzweckt; um wie viel mehr wird dies morgen der Fall sein, wo diese unterhaltende Oper zum Benefiz eines unserer verdienstvollsten Mitglieder in Scene gehen soll. Herr Koller, der sich durch manche seiner Baßbuffopartieen (wir erinnern nur an „Leporello, van Bett" u. s. w.) die Gunst der Theater-Besucher errungen, wird unstreitig die Partei des Falstaff in jeder Beziehung zur Geltung bringen und wünschen wir ihm ein übervolles Haus.

Wolgast, 27. März. Gestern trafen bereits mehrere Kähne von Demmin hier ein; in der Nähe von Lassan war jedoch noch viel Eis und nur mit großer Anstrengung durchzukommen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 27. März, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Carl, Rohloff; Maria, Rabregen von Pillau; Vorwärts, Voß von Stolpmünde; Expreß, Köföd von Rönne; Rotterdam (SD), Schryver von Rotterdam; Marie (SD), Wills von London. Wind: S. Strom ausgehend. Revier $14\frac{1}{12}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 28. März. Witterung: trübe. Temperatur + 9° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 82—86 Rt. bez., feiner 87 Rt., geringer 72—81 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 84 Br., $83\frac{3}{4}$ Rt. Gd., Mai-Juni $83\frac{3}{4}$ Rt. Br. u. Gd. Juni-Juli 84 Rt. bez. u. Gd., Septbr-Oktober $79\frac{1}{4}$ Rt. Gd.

Roggen fest und etwas höher, pr. 2000 Pfd. loco 53—56 Rt. bez., Frühjahr $53\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni $53\frac{1}{4}$ Gd, Juni-Juli $53\frac{1}{2}$ Rt. Gd., Sept.-Okt. $50\frac{1}{2}$, 51 bez.

Gerste loco pr. 70pfd. 45—48 Rt. nach Qual. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. $29\frac{1}{2}$—31 Rt. bez., 47—50pfd. Frühj. $30\frac{1}{2}$ Rt. Gd. u. Br.

Erbsen loco 52—57 Rt. bez., Frühjahr Futter- 54 Rt. Gd.

Rappkuchen loco 1 Rt. 24 Sgr. pr. Ctr. bez.

Rüböl stille, loco 11 Rt. Br., April-Mai $10\frac{5}{6}$, $\frac{3}{4}$ Rt. bez., September-Oktober $11\frac{5}{12}$ Rt. Gd.

Spiritus fester, loco ohne Faß $16\frac{5}{8}$ Rt. bez., Frühjahr $16\frac{7}{12}$, $\frac{2}{3}$ Rt. bez., Mai-Juni $16\frac{2}{3}$ Rt. Gd., Juni-Juli $16\frac{11}{12}$ Rt. Gd., Juli-August $17\frac{1}{4}$ Rt. Gd., September-Oktober 17 Rt. bez., Oktober-November $16\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Hamburg, 27. März. Getreidemarkt. Weizen und Roggen recht matt. Weizen auf Termine niedriger, pr. März 5400 Pfd. netto 153 Bankothaler Br., 152 Gd., pr. Frühjahr 146 Br., 145 Gd., pr. Mai-Juni 144 Br., 143 Gd. Roggen pr. März 5000 Pfd. Brutto 94 Br., 92 Gd., pr. Frühjahr 89 Br., 88 Gd. Hafer stille. Oel pr. Mai $24\frac{5}{8}$, pr. Oktober $25\frac{5}{8}$. Geschäftslos. Spiritus unverändert. Kaffee verkauft 2300 Sack Rio loco zu letzten Preisen. Zink 500 Ctr. W. E. H. zu $14\frac{1}{4}$. — Wetter warm.

Amsterdam, 27. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen loco behauptet, im Uebrigen ziemlich unverändert. Raps pr. April $66\frac{1}{2}$, pr. Oktober 69. Rüböl pr. Mai $36\frac{3}{4}$, pr. Oktober-Dezember $38\frac{3}{4}$.